

Feuerprobe für die Bundesregierung: Kanzler Scholz muss nun bei Klimapolitik Führungsstärke zeigen

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Pressemitteilung Germanwatch

Verhalten der FDP droht Zusagen der Koalition zu 1,5-Grad-Limit und Einhaltung des Klima-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zu torpedieren / Germanwatch fordert Zusammentritt des Klimakabinetts

Berlin (13. Juli 2022). Nach der Absage der für heute geplanten Vorlage eines umfassenden Klimaschutzsofortprogramms wirft die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch der Bundesregierung drohenden Wortbruch vor. Eine bremsende FDP verhindere offenbar ein gemeinsames Vorgehen der Bundesregierung, um Deutschland endlich auf einen Pfad für das Erreichen der Klimaziele 2030 zu bringen. Aus diesem Grund konnten Wohnungs-, Klima- und Verkehrsministerium heute keine geeinten Sofortprogramme vorlegen. „Das steht im krassen Widerspruch zu den gemachten Zusagen im Koalitionsvertrag sich am 1,5-Grad-Limit zu orientieren und den Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem vergangenen Jahr zu respektieren“, kommentiert Christoph Bals, Politischer

Geschäftsführer von Germanwatch.

„Haupttreiber des drohenden Wortbruchs sind offenbar FDP-Chef Lindner und Verkehrsminister Wissing. Das, was bisher aus dem Verkehrsministerium bekannt ist, scheint der Versuch zu sein, genau das zu tun, was das Verfassungsgericht untersagt hat: die Klimaschutzpflichten trotz immer größerer Dringlichkeit in die Zukunft zu verschieben“, so Bals. „Das Klimaschutzgesetz verlangt, dass ein die Klimaziele verfehlender Sektor umgehend auf Zielkurs gebracht werden muss.“ Für den Gebäudesektor liege jetzt ein von der FDP auch noch blockiertes Sofortmaßnahmenprogramm vor, das dieser Vorgabe in etwa entsprechen könnte.

Öffentlichkeit sollte sehen können, wer echten Klimaschutz will und wer bremst

Germanwatch fordert Kanzler Scholz auf, nun zu handeln. Bals: „Dies ist eine Klima-Feuerprobe für die Bundesregierung. Olaf Scholz, der als Klimakanzler kandidierte, muss jetzt Führung zeigen und seine Richtlinienkompetenz einsetzen. Sonst untergräbt die Ampelregierung sehenden Auges die Umsetzung des Verfassungsgerichtsbeschlusses.“ Scholz sollte das Klimakabinett der Fachministerien unter Vorsitz des Klimaministeriums einberufen und dort eine schnelle Entscheidung herbeiführen. „Die Lösung dieses Konflikts darf nicht im Hinterzimmer gesucht werden. Wir fordern ein transparentes Verfahren im Klimakabinett, damit die Bevölkerung und insbesondere die junge Generation sehen kann, wer ambitionierten Klimaschutz will und wer bremst und blockiert“, so Bals.

Die Bundesregierung hatte ursprünglich ein großes Sommerpaket und ein umfassendes Klimaschutzs Sofortprogramm versprochen, um Deutschland endlich fit für das Erreichen der selbst gesetzten Klimaziele zu machen und zudem die durch den Krieg in der Ukraine verschärfte Energiekrise zu bekämpfen. Christoph Bals: „Bei den Erneuerbaren Energien ist die Regierung bisher auf einem guten Weg. Ob die notwendige Beschleunigung erreicht

wird, hängt aber am noch offenen Punkt der Ausweisung von Vorranggebieten. Im Gebäudebereich ist im Herbst insbesondere ein massiver Schub für Wärmepumpen und -dämmung im Gebäudebestand nötig. Aber für den Verkehrssektor sehen wir bisher kein schlüssiges Konzept, um einen glaubwürdigen Pfad Richtung Klimazielerreichung einzuschlagen. An die Instrumente, die strukturell etwas bringen würden – wie die Umgestaltung des Dienstwagenprivilegs und eine Bonus-Malus-Regelung beim Neukauf von Autos – wagt sich der Verkehrsminister nicht heran.“

Kontakte für Medien:

Kai Bergmann
Referent für deutsche Klimapolitik
Tel. 030 57 71 328 71
bergmann@germanwatch.org

Stefan Küper
Pressesprecher
Tel. 0151 252 110 72

Katarina Heidrich
Pressereferentin
Tel. 0151 742 968 18
mail Pressestelle: presse@germanwatch.org

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Am einfachsten per Handy erreichbar: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org

CETA: Ratifizierung stoppen – Keine Sonderklagerechte für Konzerne

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Pressemitteilung

Berlin, 7.7.2022

Protestaktion auf der Reichstagswiese

Mit einer Banner-Aktion hat ein breites gesellschaftliches Bündnis auf die erste Lesung des CETA-Ratifizierungsgesetzes der Ampelkoalition im Bundestag am heutigen Donnerstag aufmerksam gemacht.

CETA wird nach der Ratifizierung auf der EU-Ebene bereits seit September 2017 in großen Teilen vorläufig angewendet. Ausgenommen davon sind der Investitionsschutz und die Schiedsgerichte. Diese Teile treten erst in Kraft, wenn die nationalen Parlamente über die Ratifizierung abgestimmt haben. In zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter die Bundesrepublik Deutschland, ist Ratifikation noch nicht abgeschlossen.

Ludwig Essig, Handelsexperte Umweltinstitut München, Koordination Netzwerk gerechter Welthandel: *“Alle handelsrelevanten Bereiche des Abkommens sind seit fünf Jahren*

aktiv. Die Ratifizierung wäre damit ein klares Bekenntnis zu den privaten Schiedsgerichten. Gerade in Zeiten von Energie- und Klimakrise müssen Regierungen handlungsfähig bleiben. Paralleljustizen mit Sonderklagerechten für Großinvestoren stehen dem Klimaschutz, dem Verbraucherschutz und der Demokratie im Weg.“

Margot Rieger, Lokale freihandelskritische Bündnisse und Initiativen: *“CETA stellt Handelsinteressen über den Klimaschutz. Klima- und andere Nachhaltigkeitsziele sind bei CETA nicht sanktionsbewehrt.“*

Anne Bundschuh, Referentin für Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.: *“Mit CETA sollen neue Standards für faire Handelsabkommen gesetzt werden. Weitreichende Sonderrechte für Konzerne sind damit keinesfalls vereinbar! Dass ein Ausstieg aus diesem gefährlichen Instrument möglich ist, hat Kanada selbst vorgemacht: Das 2018 überarbeitete Nordamerikanische Freihandelsabkommen sieht keine Konzernklagerechte zwischen Kanada und den USA mehr vor.“*

Felix Kolb, Geschäftsführender Vorstand bei Campact: *“Das Vorgehen der Bundesregierung beim Freihandelsabkommen CETA ist inakzeptabel. In einer unnötigen Hauruck-Aktion wurde der Ratifizierungsprozess wieder aufgenommen. Damit wurde die Zivilgesellschaft und deren Kritik bewusst am Straßenrand stehen gelassen. Dafür sind die Tragweite und Gefahren des Abkommens aber viel zu groß. Anstatt CETA dem Bundestag noch vor der Sommerpause vorzulegen, sollte die Bundesregierung die sitzungsfreie Zeit lieber nutzen – um den kritischen Dialog aufzunehmen und Inhalte nachzubessern.“*

Lis Cunha, Handelsexpertin bei Greenpeace e.V.: *“Wir sind nicht generell gegen einen Handel mit Kanada. Wir wollen ihn nur fair und nach demokratischen Leitsätzen. Private Schiedsgerichte für ausländische Konzerne sind damit nicht vereinbar. Sie umgehen nationale Justizsysteme und befeuern*

sogar den Klimawandel. Deshalb muss der Bundestag diese Paralleljustiz für Investoren unterbinden und die Ratifizierung von CETA stoppen."

Hanni Gramann, Attac-Handelsexpertin: *"CETA soll den Handel mit einem Partner fördern, der die grundlegenden Werte der liberalen Demokratie teilt, heißt es in dem Ratifizierungsgesetz. Warum sind dann in dem Abkommen Schiedsgerichte für Konzerne verankert? Weder das formal aufgebesserte „Investitionsgerichtssystem“ (ICS) noch eine verbindliche Interpretationserklärung ändern etwas daran: Unternehmen mit Niederlassungen in Kanada oder der EU würden ermächtigt, mit teuren Investitionsschutzklagen die staatliche Gesetzgebung zu ökologischen oder sozialen Fragestellungen anzugreifen."*

Zu der Protestaktion aufgerufen hatten: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Attac Deutschland, Berliner Wassertisch, Campact, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace e.V., lokale freihandelskritische Bündnisse und Initiativen in Deutschland, NaturFreunde Deutschland, Netzwerk gerechter Welthandel, PowerShift e.V., Umweltinstitut München, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED e.V.

Fotos von der Aktion finden sich unter diesem Link:
<https://www.flickr.com/photos/uwehiksch/albums/72177720300341781>

Pressekontakte:

Ludwig Essig
le@forumue.de
0176 546 752 53

Hanni Gramann
hanni.gramann@attac.de
0176 3060 8762

In stürmischen Zeiten Kurs gehalten: BRANDS Fashion baut Pionierstellung aus

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Nachhaltigkeitsbericht 2020 / 2021

Buchholz, Juli 2022 | BRANDS Fashion, Europas Marktführer und Pionier für nachhaltige Workwear und Fashion Merchandise, publiziert auf www.brands-fashion.com/nachhaltigkeit/ seinen Nachhaltigkeitsbericht für die Jahre 2020 / 2021 – eine Zeit mit besonderen Herausforderungen, auch für die Textilbranche. Der Bericht und nicht zuletzt die erhaltenen Auszeichnungen in diesem Zeitraum zeigen auf, dass trotz der teils widrigen Umstände die Nachhaltigkeitsbemühungen konsequent vorangetrieben und gesteckte Ziele erreicht werden konnten.

Auf rund 90 Seiten gibt der aktuelle Nachhaltigkeitsbericht von BRANDS Fashion Einblick in die Arbeit des Buchholzer Textilunternehmens und liefert Informationen zu Produkten und Materialien, zu Initiativen, Partnern und Lieferketten sowie zu internen Grundsätzen und Bestrebungen. Dabei orientiert sich der Bericht bereits an dem Standard der Global Reporting Initiative (GRI).

BRANDS Fashion kann in dem Bericht auf vielzählige Erfolge verweisen – allen voran die im Berichtszeitraum erhaltenen Auszeichnungen und Zertifikate: So erhielt das Textilunternehmen nach gut zwölf Monaten Vorbereitungs- und Entwicklungszeit im April 2020 das Cradle to Cradle Certified™ Gold-Zertifikat. Einige namhafte Kunden des Unternehmens entschlossen sich seitdem, ihre gesamte oder Teile ihrer Kollektion nach diesem anspruchsvollen Standard produzieren zu lassen, der eine durchgängige und konsequente Kreislaufwirtschaft in der Herstellung von Produkten ohne Abfall fordert. Im Rahmen der angestrebten Kreislaufwirtschaft entwickelt BRANDS Fashion unter anderem ein Take-Back-System, das ein möglichst werterhaltendes Textilrecycling zum Ziel hat.

Neben einem ressourcenschonenden Umgang ist das Thema soziale Gerechtigkeit eines der Leitmotive des Unternehmens: Als Pionier der Branche hat sich BRANDS Fashion einer der anspruchsvollsten Zertifizierungen verpflichtet – dem Textilstandard von Fairtrade, der zum Ziel hat, Arbeiterrechte weltweit zu stärken und existenzsichernde Löhne zu fördern. Die ersten Textilien, die mit dem Fairtrade Textilstandard ausgezeichnet wurden – bei denen also alle teilnehmenden Betriebe geprüft und zertifiziert wurden – sind seit Oktober 2021 erhältlich.

Die Transparenz von Lieferketten steht bei BRANDS Fashion seit vielen Jahren schon ganz oben auf der Agenda: Kunden haben seit 2017 die Möglichkeit, die komplette Lieferkette, vom Baumwollfeld bis zur Distribution, mit Auskunft über Namen und Adressen der Produktionsstandorte sowie Fotos und Sozial- und Umweltzertifikate, einzusehen. Dieses digitale Tool, das unter dem Namen Trace my Shirt implementiert wurde, wurde im Jahr 2020 komplett überarbeitet und trägt seitdem den Namen TRACYCLE.

In dem Bericht des Preisträgers Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2020 in der Kategorie „Globale Unternehmenspartnerschaften“

finden sich viele weitere spannende Informationen und Details zu den Entwicklungen in den vergangenen zwei Kalenderjahren, so zum Beispiel Zahlen zur Rohbaumwolle: 83 % der 2021 eingekauften Baumwolle kam aus kontrolliert biologischem Anbau – damit konnte dieser Anteil von 2019 (70 %) signifikant gesteigert werden.

Die positiven Entwicklungen sind vor allem Motivation für das Team von BRANDS Fashion: „Das Bewusstsein für nachhaltiges Handeln zu schärfen, ist eines unserer wichtigsten Ziele. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit unseren Partnern neue, innovative Projekte voranzutreiben und insbesondere den Weg von einer linearen zu einer zirkulären Textilwirtschaft zu ebnen.“, resümiert Silke Rosebrock aus der Geschäftsleitung in dem Nachhaltigkeitsbericht.

BRANDS Fashion Geschäftsleitung: Silke Rosebrock und Mathias Diestelmann

Der Bericht umfasst 91 Seiten und lässt sich auf der Seite von BRANDS Fashion einsehen und herunterladen.

Über BRANDS Fashion:

BRANDS Fashion ist Europas Marktführer für nachhaltige Corporate Workwear. Der Textil-Pionier entwickelt seit 2002 hochwertige und modische Arbeitskleidung für namhafte Unternehmen in Europa und den USA. Zudem umfasst das Portfolio eine große Bandbreite an Private Label-, Merchandising- und Promotion-Artikeln. Im Mittelpunkt stehen dabei die individuellen Anforderungen der Kunden. BRANDS bietet eine One Stop Solution: vom kreativen Design und einer marktorientierten Produktentwicklung bis hin zu weltweiten Logistik- und Webshop-Lösungen. 2019 gründete BRANDS Fashion mit der dänischen Firma Scan-Thor die GoJungo GmbH. Als innovative Plattform übernimmt das Start-up für Marken die komplexen und zeitaufwändigen Prozesse für den erfolgreichen Verkauf von insb. textilen Produkten auf Online-Marktplätzen. Weitere Informationen unter www.brands-fashion.com

Pressematerial kann angefordert werden bei:

Menyesch Public Relations GmbH

Mascha Günther

Kattrepelsbrücke 1

20095 Hamburg

Tel.: +49 (0) 40 36 98 63-12

E-Mail: brands@m-pr.de

Firmenkontakt:

Brands Fashion GmbH

Maret König

Müllerstr. 11

21244 Buchholz i.d.N.

Tel: +49 (0) 4181 / 9422-545

E-Mail: maret.koenig@brands-fashion.com

95 Bioweine sind die EcoWinner 2022

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Die besten deutschen Bioweine des Jahres sind gekürt! Beim 27. EcoWinner-Wettbewerb von ECOVIN haben 95 Weine in 14

Kategorien eine Medaille gewonnen. Eine unabhängige Fachjury hatte am 21. Juni in Oppenheim 442 Bioweine verkostet und bewertet.

Rund 80 Öko-Weingüter hatten sich mit ihren Weinen um eine Auszeichnung beworben. Gewinnen konnten die EcoWinner-Medaille aber nur die besten 20 Prozent einer Weinkategorie – sofern sie in der Blindverkostung mindestens 85 von 100 mögliche Punkten erreicht hatten.

Der EcoWinner-Jury 2022 mit 37 Verkoster*innen stand erneut die Önologin und Weinjournalistin Dagmar Ehrlich vor. „Die Säure ist natürlich in den Weinen des Jahrgangs 2021 präsenter als in den Vorjahren. Insgesamt schmecke ich im Wettbewerb die junge Weinszene, die sich international weiterbildet, Dinge ausprobiert, die Weine nicht mehr in ein standardisiertes Korsett presst. Ich sehe Biowein immer freier“, so resümiert Dagmar Ehrlich die diesjährige Verkostung.

Die größte Verkostungsgruppe bildeten beim EcoWinner 2022 trockene und halbtrockene Weißweine aus klassischen Rebsorten. Mit insgesamt 171 angestellten Weinen machten sie mehr als ein Drittel des Wettbewerbs aus. Aber auch Weine aus pilzwiderstandsfähigen Rebsorten waren mit 58 Wettbewerbern (mehr als 13 Prozent) überproportional vertreten. PIWI-Weine wachsen derzeit nur auf drei Prozent der deutschen Rebfläche.

Zahl der Anschläge (inklusive Leerzeichen): 1.424

ECOVIN Bundesverband Ökologischer Weinbau e. V.

Petra Neuber | Geschäftsführerin

Wormser Straße 162

D-55276 Oppenheim

T +49 (61 33) 16 40

F +49 (61 33) 16 09

info@ecovin.de

EU-Umweltrat ebnet Weg für wichtiges Klimapaket – trotz ärgerlicher Verwässerungen

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Klimasozialfonds mit Abschwächungen gerettet / Reform des Emissionshandels durchwachsen / Rückschritt bei Klimaschutzverordnung / Germanwatch fordert Bundesregierung auf, ab jetzt konstruktivere Haltung einzunehmen

Bonn/Berlin (29. Juni 2022). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch zeigt sich nach dem in der Nacht zu Ende gegangenen Rat der EU-Umwelt- und Klimaminister:innen erleichtert, dass die Bundesregierung ihre anfängliche Blockadehaltung zumindest teilweise aufgegeben hat. „Wir haben ein eher enttäuschendes Ergebnis, weil Deutschland das EU-Klimapaket an mehreren Stellen stark verwässert hat. Aber immerhin hat es eine Einigung gegeben und das Schlimmste wurde abgewendet“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

„Die Hoffnung vieler Akteure, dass Deutschland bei den Verhandlungen um das Fit-for-55-Paket eine Führungsrolle übernimmt und die EU fit für den nötigen Turbo beim Klimaschutz macht, hat sich leider nicht erfüllt.“ Jetzt bieten die Verhandlungen zwischen Mitgliedsstaaten und EU-

Parlament die letzte Chance für die Bundesregierung, eine mutige Verhandlungsführung durch die Ratspräsidentschaft zu unterstützen.

Deutsche Blockade beim Klimasozialfonds

Einer der größten Streitpunkte war der Klimasozialfonds, der Bürger:innen EU-weit bei steigenden Preisen fürs Heizen und Tanken entlasten soll. Deutschland und einige andere Mitgliedsstaaten wollten das Volumen des Fonds stark verkleinern anstatt für die notwendige Solidarität zu sorgen. „Deutschlands lang anhaltende Blockade hat hier beinahe das gesamte Paket gefährdet. Der nun gefundene Kompromiss ist unzureichend und muss dringend nachgebessert werden. Aber immerhin konnte sich die Bundesregierung mit ihrem beschämenden Vorschlag nicht durchsetzen“, so Bals.

Desweiteren hat der Umweltrat die Reform des bestehenden Emissionshandels beschlossen, wobei die Mitgliedsstaaten im Großen und Ganzen den mittelmäßigen Vorschlag der Kommission unterstützten. Bei der Ambition des Emissionshandels fehlte den Umweltminister:innen der Mut, über den Vorschlag der Kommission hinauszugehen, kritisiert Germanwatch. Unternehmen aus der Industrie sollen zudem noch bis 2035 kostenlose Zertifikate erhalten, während der CO₂-Grenzausgleich nur langsam anläuft. Bals: „Bei der kostenlosen Zuteilung wurde der bereits unzureichende Vorschlag der Kommission und der französischen Ratspräsidentschaft auf Druck der Bundesregierung noch weiter verwässert. Deutschland nimmt hier zu viel Rücksicht auf die Industrie anstatt das Erreichen der Klimaziele ganz oben auf die Agenda zu setzen.“

Aufgeweichte Klimaschutzverordnung

Die vom Rat beschlossene Position zu 2030-Klimazielen der einzelnen Staaten und deren Einhaltungsmechanismus – unter anderem für die Sektoren Verkehr und Gebäude – im Rahmen der EU-Klimaschutzverordnung ist für Germanwatch eine Enttäuschung. Bals: „Die weltpolitische Lage verlangt mehr denn je, dass die Klimagesetzgebung sowohl auf EU- als auch

auf nationaler Ebene gestärkt wird. Klare Rahmensetzungen für die Einhaltung ambitionierter und verbindlicher nationaler Klimaziele für 2030 spielen hier eine Schlüsselrolle. Die heutige Entscheidung ist eindeutig ein Rückschritt.“ Der Rat will die Flexibilität ausweiten und Staaten könnten ihre Emissionsziele unter Umständen sogar abschwächen, aber nicht verbessern. Christoph Bals weiter: „Es wäre notwendig gewesen, die Staaten zu verpflichten, sich verbindliche Klimaneutralitätsziele zu setzen. In der aktuellen Form kann die Klimaschutzverordnung ihrer Rolle als Treiberin und Garantin für das Erreichen der EU-Klimaziele nicht gerecht werden.“

Verantwortung der Bundesregierung in den weiteren Verhandlungen

Germanwatch fordert die Bundesregierung auf, nun zumindest in den anstehenden Trilog-Verhandlungen mit dem EU-Parlament der Verhandlungsführung den Rücken für mutige Beschlüsse zu stärken. „Die Koalition sollte in der EU klimapolitisches Zugpferd und nicht Bremser sein. In dieser für den Klimaschutz so kritischen Phase sind viele Blicke auf die EU gerichtet. Die EU erwartet von den Schwellenländern besseren Klimaschutz – Grundlage für erfolgversprechende Verhandlungen kann nur eine ernsthafte Klimapolitik der EU sein“, betont Bals.

Kontakte für Medien:

Anne Gläser

Referentin für CO₂-Preise

030 57 71 328 93

glaeser@germanwatch.org

Pressekontakt:

presse@germanwatch.org

Stefan Küper | kueper@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 252 110 72

Katarina Heidrich | heidrich@germanwatch.org | Tel. +49 (0)151 / 742 968 18

Reform des Energiecharta-Vertrags gescheitert: Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern Austritt

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Gemeinsame Pressemitteilung

Attac Deutschland
Forum Umwelt und Entwicklung,
Naturfreunde Deutschlands,
PowerShift
Umweltinstitut München
Urgewald

Frankfurt am Main / Berlin, 24. Juni 2022

In Brüssel sind heute die Reformverhandlungen über den Energiecharta-Vertrag (ECT) zu Ende gegangen. Das Ergebnis fällt deutlich selbst hinter die Ziele von Bundesregierung und EU zurück. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern deshalb, dass Deutschland und weitere EU-Mitgliedsstaaten jetzt den Ausstieg aus dem ECT beschließen, wofür sich in den letzten Tagen auch Spanien, Belgien und das niederländische Parlament stark gemacht haben.

Der ECT wird in der EU auch zukünftig Investitionen in fossile Brennstoffe bis mindestens 2033 schützen und so ein schwerwiegendes Hindernis für die Beschleunigung der Energiewende darstellen. Außerhalb der EU und UK sollen gar keine Beschränkungen für den Investitionsschutz in fossile Brennstoffe gelten. Damit haben EU und Bundesregierung ihr Ziel nicht erreicht, den Vertrag mit dem Pariser-Klimaabkommen und dem Europäischen Green Deal kompatibel zu machen.

„Der Krieg in der Ukraine und die eskalierende Klimakrise zeigen in dramatischer Weise auf, welche gravierenden Folgen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hat. Gerade in diesen Zeiten müssen die demokratisch gewählten Regierungen die Handlungsfreiheit haben, eine zügige und sozial gerechte Energiewende umzusetzen und die Energieversorgung zu sichern. Doch genau dies behindert der Energiecharta-Vertrag“, kommentiert **Ludwig Essig vom Umweltinstitut München** und von der **Koordination Netzwerk gerechter Welthandel**.

Von den gestern von den Ampelparteien veröffentlichten fünf Anforderungen an die ECT-Reform, werden vier nicht erfüllt. Der reformierte Energiecharta-Vertrag wird weiterhin fossile Investitionen schützen und Klimamaßnahmen werden nicht grundsätzlich von Investorenklagen ausgenommen. Von der Ampel geforderte Änderungen der Investitionsschutzstandards und die Verkürzung der Fortgeltungsklausel konnten nicht erreicht werden.

“Die Reform des Energiecharta-Vertrags kann die Anforderungen der Ampel nicht erfüllen. Klagen gegen Klimaschutz bleiben auch nach der Reform möglich. Die einzige Konsequenz kann der Ausstieg Deutschlands aus dem Vertrag sein, sonst macht sich die Ampel unglaubwürdig“, sagt **Fabian Flues, Handelsexperte bei PowerShift**.

Auch im reformierten **ECT** werden private Wirtschaftsanwälte in umstrittenen Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS: Investor-State-Dispute Settlement) darüber entscheiden können, ob

Staaten hohe Entschädigungen an Investoren zahlen müssen. Dabei hatte die Europäische Kommission mit Unterstützung von SPD und Grünen versprochen, keine Abkommen mit ISDS mehr abzuschließen.

“Diese privaten Schiedsgerichte haben keine Zukunft mehr – so wurde es von Regierungsparteien und Europäischer Kommission versprochen”, sagt **Hanni Gramann von Attac**. “Dieses Versprechen wird nun gebrochen. Drei Wirtschaftsanwälte sollen auch in Zukunft entscheiden dürfen, ob fossile Investoren wegen staatlicher Maßnahmen zum Klimaschutz Milliardenentschädigungen erhalten. Das alleine ist Grund genug, aus dem ECT auszutreten.”

Derzeit verklagen RWE und Uniper die niederländische Regierung für den Kohleausstieg bis 2030 auf eine Entschädigung in Höhe von zirka. 2,4 Milliarden Euro.

“Insbesondere Uniper hatte bereits vor der Verabschiedung des niederländischen Kohleausstiegsgesetzes ein ISDS-Schiedsverfahren auf der Grundlage des ECT angedroht und so weitreichende Maßnahmen verhindert. Dies zeigt, dass der ECT ein sehr scharfes Schwert in der Hand derer ist, die wirkungsvolle Klimaschutzgesetze verhindern wollen”, so **Sonja Meister von Urgewald**.

“Der Energiecharta-Vertrag ist ein Relikt aus der Steinzeit. Wenn die Bundesregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien und eine umfassende Energiewende beschleunigen möchte, muss sich die Bundesregierung für eine Auflösung des Energiechartavertrags einsetzen und Deutschland aus dem Energiechartavertrag austreten”, ergänzt **Uwe Hixsch von den Naturfreunden Deutschlands**.

Eine zusätzliche Gefahr droht durch die geplante Ausweitung des ECT auf neue Energieträger und Technologien. In Zukunft sollen auch Investoren in Wasserstoff, Biomasse, synthetische Kraftstoffe und CO₂-Abscheidung und -Speicherung unter dem ECT

klagen können. Das erhöht die Gefahr für Staaten unter dem reformierten Energiecharta-Vertrag verklagt zu werden.

Am vergangenen Dienstag hatten fünf junge, vom Klimawandel betroffene Menschen Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen zwölf europäische Regierungen (inkl. Deutschland) wegen des ECT eingebracht. Der Vertrag sei unvereinbar mit internationalen Klimaverpflichtungen und verstoße gegen die Europäischen Menschenrechtskonvention.

Hintergrund: Der ECT ist ein internationales Handels- und Investitionsabkommen, das 1998 in Kraft trat und inzwischen über 50 Mitgliedsstaaten in Europa und Asien hat. Ziel des ECT war es, die Öl- und Gasvorkommen des ehemaligen Ostblocks für die Investitionen westeuropäischer Unternehmen zu öffnen. Seit April 2020 wird in Brüssel die Modernisierung des ECT verhandelt. Spanien hatte am Mittwoch als erstes Land einen gemeinsamen Austritt aus dem ECT gefordert.

Für einen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag gilt eine Fortgeltungsklausel von 20 Jahren für bestehende Investitionen. Bei einem gemeinsamen Austritt vieler Mitgliedsländer, ließe sich diese jedoch entschärfen.

Pressekontakte:

- Ludwig Essig, Umweltinstitut München: +49 176 546 752 53, le@umweltinstitut.org
- Fabian Flues, PowerShift e.V.: +49 159 0611 3733, fabian.flues@power-shift.de
- Hanni Gramann, Attac Deutschland: +49 176 30608762, hanni.gramann@attac.de
- Sonja Meister, urgewald: +49 176 64608515, sonja.meister@urgewald.org
- Uwe Hicksch, NaturFreunde Deutschland, +49 176 620 159 02, hicksch@naturfreunde.de

Weitere

Informationen:

www.attac.de/kampagnen/handelsabkommen/einzelne-handels-und-in

Frauke Distelrath
Pressesprecherin / stellv. Geschäftsführung
Attac Deutschland

Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M
Tel. 069 900 281-42; 0151 6141 0268
presse@attac.de

Paperbags: Die Taschen der Zukunft sind aus Papier

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



PRESSEINFORMATION

24.06.2022 – Bei diesen topmodischen Accessoires ist der Name Programm: Die greenSouls Paperbags von BRANDS Promotion, der Promotionabteilung von BRANDS Fashion, sind aus widerstandsfähigem Papier gefertigt und begeistern so als

nachhaltige Alternative zu Taschen aus Polyester oder Nylon.

Die neue, außergewöhnliche greenSouls Taschenserie aus FSC-zertifizierter Zellulose wird exklusiv in einer BSCI-zertifizierten Fabrik in China produziert und lässt mit ihrem minimalistischen, urbanen Design viel Raum für individuelle Gestaltungsideen.

Von Rucksack über Tragetasche, Laptoptasche, Weekender bis hin zur Hip-Bag und Portemonnaie – je nach Bedarf wird der ideale Begleiter für Freizeit oder Business nach Kundenwünschen und Corporate Identity entwickelt und durch Drucke oder Prägungen veredelt. Für namhafte Kunden, wie beispielsweise der Fußballverein VfB Stuttgart, werden die greenSouls Paperbags von BRANDS Promotion bereits als Merchandise Produkt produziert.

Die aus besonders unempfindlichem Papier gefertigten, veganen Paperbags überzeugen ihre Träger nicht nur mit ihrer grünen Seele und der zeitgemäßen Formgebung, sondern auch mit ihren praktischen Alltagsskills: Die leichten Taschen sind sowohl wasser- als auch reißfest und dank des robusten Materials sogar abwischbar.

Pressemeldung Brands Fashion

Über BRANDS Fashion:

BRANDS Fashion ist Europas Marktführer für nachhaltige Corporate Workwear. Der Textil-Pionier entwickelt seit 2002 hochwertige und modische Arbeitskleidung für namhafte Unternehmen in Europa und den USA. Zudem umfasst das Portfolio eine große Bandbreite an Private Label-, Merchandising- und Promotion-Artikeln. Im Mittelpunkt stehen dabei die individuellen Anforderungen der Kunden. BRANDS bietet eine One Stop Solution: vom kreativen Design und einer marktorientierten Produktentwicklung bis hin zu weltweiten Webshop-Lösungen. Die Logistiksparte übernimmt die eigenständige Tochtergesellschaft BRANDS Logistics GmbH. 2019 gründete BRANDS Fashion mit der dänischen Firma Scan-Thor die

GoJungo GmbH. Als innovative Plattform übernimmt das Start-up für Marken die komplexen und zeitaufwändigen Prozesse für den erfolgreichen Verkauf von insb. textilen Produkten auf Online-Marktplätzen. Weitere Informationen unter www.brands-fashion.com

Pressematerial kann angefordert werden bei:

Menyesch Public Relations GmbH

Mascha Günther

Kattrepelsbrücke 1

20095 Hamburg

Tel.: +49 (0) 40 36 98 63-12

E-Mail: brands@m-pr.de

Firmenkontakt:

BRANDS Fashion GmbH

Lena Stöck

Müllerstr. 11

21244 Buchholz i.d.N.

Tel.: +49 (0) 4181 – 9422-545

E-Mail: lena.stoeck@brands-fashion.com

Greenwashing bei Aldi – foodwatch: Handelskonzern muss irreführende Klimawerbung auf Milch stoppen

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Pressemitteilung

Berlin, 22. Juni 2022. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat Aldi aufgefordert, Milch nicht mehr als „klimaneutral“ zu bewerben. foodwatch kritisierte, dass Aldi bei der „Landmilch“ seiner Eigenmarke FAIR & GUT keine ernsthaften Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasmissionen durchführe. Stattdessen setze der Discounter auf Kompensationsprojekte, mit denen die CO₂-Emissionen angeblich ausgeglichen werden sollen. Zwei dieser Projekte seien jedoch höchst fragwürdig, unter anderem eine Eukalyptus-Monokultur in Uruguay, in der Glyphosat gespritzt wird. Das ZDF-Magazin Frontal berichtete am Dienstagabend über das Projekt. Milch sei außerdem kein besonders klimafreundliches Produkt und solle deshalb grundsätzlich nicht als „klimaneutral“ beworben werden, so foodwatch.

„Greenwashing mit Klima-Labeln liegt im Trend – die vermeintlich klimaneutrale Aldi-Milch ist ein Musterbeispiel dafür. Der Discounter rechnet ein per se nicht klimafreundliches Produkt mit fragwürdigen CO₂-Zertifikaten grün“, kritisierte Manuel Wiemann von foodwatch. „Verbraucher:innen können sich auf Klima-Werbung überhaupt nicht verlassen. Wir brauchen ein Verbot von Umwelt-Werbelügen und endlich wirksame Klimaschutz-Gesetze, die auch die Landwirtschaft in die Pflicht nehmen.“

Die als „klimaneutral“ beworbene FAIR & GUT Landmilch 3,8 % Fett Milch wird als Eigenmarke bei Aldi Nord und Süd vertrieben und von der Molkerei Gropper hergestellt. Obwohl die Aldi-Milch bereits seit November 2020 als „klimaneutral“ verkauft wird, stelle Aldi keine effektive Reduktion der

Treibhausgas-Emissionen sicher, kritisierte foodwatch. Die Molkerei Gropper, und damit auch Aldi, hat nach eigenen Angaben noch nicht einmal einen Überblick darüber, wie hoch der CO₂-Ausstoß der Milchlieferbetriebe tatsächlich ist. Erst bis Oktober 2022 sollen die genauen Emissionswerte der Rohmilch vorliegen. Verbindliche Reduktionsmaßnahmen für die Landwirt:innen fehlen bisher. „Wenn uns die Treibhausgasmissionen der einzelnen Milchlieferbetriebe im IST vorliegen, können wir mit der Planung von Reduktionsmaßnahmen starten“, erklärte Gropper in einer E-Mail an foodwatch. Dabei sind die Einsparungen auf den Höfen entscheidend, denn 89% der Emissionen für die Aldi-Milch stammen nach Angaben von der Molkerei aus den Rohstoffen, also der Milchproduktion. Gropper erkläre zudem die Einhaltung von Tierschutz-Maßnahmen als Klimaschutz und brüste sich etwa damit, dass die Ställe nicht mehr „überbelegt“ werden, bemängelte foodwatch.

Statt die Emissionen der Milchherstellung konsequent zu reduzieren, kauft Aldi zum CO₂-Ausgleich Zertifikate von Kompensationsprojekten. Zwei dieser Projekte sind laut foodwatch-Recherchen höchst fragwürdig. Das ZDF-Magazin „Frontal“ berichtete am Dienstag über ein Aufforstungsprojekt in Uruguay. In dem Projekt in Guarané werden Monokulturen aus Eukalyptus angelegt. Dabei kommen die Pestizide Glyphosat und Fipronil zum Einsatz. Aldi nutzt außerdem Zertifikate eines umstrittenen Waldprojekts in Tambopata/ Peru. Eine foodwatch-Recherche hatte im vergangenen November gezeigt, dass das Projekt nicht die Anforderungen an Kompensationsprojekte erfüllt und keine Klimaschutz-Zertifikate ausgeben dürfte. Der Handelskonzern Rewe hatte die Zusammenarbeit mit Tambopata in der Folge gestoppt.

„Statt den Treibhausgasausstoß vor Ort auf dem Bauernhof soweit wie möglich zu reduzieren, betreibt Aldi billigen Ablasshandel. Der Discounter setzt zum Ausgleich der Emissionen auf Eukalyptus-Monokulturen, in denen mit dem Ackergift Glyphosat Artenvielfalt zerstört wird.“

Verbraucher:innen, die der Umwelt mit dem Kauf der Milch etwas Gutes tun möchten, werden dreist getäuscht“, sagte Manuel Wiemann von foodwatch.

foodwatch bewertet Klima-Werbung auf tierischen Produkten grundsätzlich als kritisch. Dreiviertel aller Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft entfallen auf die Tierhaltung. Will Deutschland seine Klimaziele erreichen, muss die Zahl der Tiere und insbesondere der Kühe drastisch reduziert werden.

Der Handelskonzern Aldi Süd wurde vergangenes Jahr von der Wettbewerbszentrale für die Werbung mit „erster klimaneutraler Lebensmitteleinzelhändler“ verklagt. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Die Europäische Kommission hat im März einen Entwurf für die Regulierung von Umweltwerbung vorgelegt. Wenn die Richtlinie vom Europarat und Europaparlament angenommen wird, müssten Unternehmen Vorgaben erfüllen für Klima-Werbung. foodwatch begrüßt die Initiative zum Schutz der Verbraucher:innen vor irreführender Werbung, sieht jedoch große Schlupflöcher im Gesetzesentwurf. So sei es weiterhin möglich, klimaintensive Produkte wie Fleisch, Heizöl und Einweg-Plastik als „klimapositiv“ zu bezeichnen.

Links:

[E-Mail-Petition: Aldi, stopp die Klimalüge!](#)

Quellen und weiterführende Informationen:

[Recherche zu den Klimaschutzmaßnahmen bei der Aldi-Milch](#)

[Recherche zum Kompensationsprojekt in Guanaré, Uruguay \(Aufforstung\)](#)

[ZDF Frontal Beitrag „Klimaneutral mit ALDI“?](#)

[Recherche zum Kompensationsprojekt in Tambopata, Peru \(Waldschutz\)](#)

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Sarah Häuser

E-Mail: presse@foodwatch.de

Mobil: +49 (0)174 / 3 75 16 89

Bio aus der Nachbarschaft: Alnatura bringt Bio-Vielfalt nach Hause

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



Pilotprojekt Liefer- und Abholdienst in Berlin und Frankfurt am Main

Darmstadt, 7. Juni 2022. Alnatura startet ein Pilotprojekt mit einem Liefer- und Abholdienst direkt aus den eigenen Alnatura Märkten, den "Alnatura Super Natur Markt Online". Geliefert wird von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des jeweiligen Alnatura Super Natur Marktes direkt nach Hause.

Den Anfang machen am 7. Juni die Pilotmärkte in Berlin-

Lichterfelde (Hans-Sachs-Straße) und Prenzlauer Berg (Greifswalder Straße), Mitte Juni folgt der Alnatura Markt in Berlin-Mitte (Alte Jakobstraße). Ab Ende Juni starten dann schrittweise drei Alnatura Märkte in Frankfurt am Main mit der Belieferung.

Das Besondere am Alnatura Lieferkonzept erläutert Projektleiter Philip Lange: „Geliefert wird von unseren eigenen, fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nach Eingang der Bestellung die Einkaufsstüte direkt im Markt kommissioniert und gepackt haben. An der Haustür begegnen die Kundinnen und Kunden also den vertrauten Gesichtern aus ihrem Alnatura Bio-Markt.“

Damit unterscheidet sich das Alnatura E-Commerce-Konzept wesentlich von anderen Lieferdiensten, bei denen die Auslieferung häufig über selbstständige Kurierere erfolgt. Die Alnatura Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hingegen erhalten ein Einkommen entsprechend dem Einzelhandelstarif, in vielen Fällen sogar darüber. Der unternehmensinterne Alnatura Mindeststundenlohn beträgt 13 Euro und liegt damit über dem gesetzlichen Mindestlohn.

Angeboten wird ein umfangreiches Bio-Sortiment aus dem Alnatura Super Natur Markt: Erhältlich sind nach und nach alle Trockenprodukte (verpackte Artikel) sowie sämtliche Frische-Artikel: Brot- und Backwaren, Milch und Molkereiprodukte, Eier, Obst, Gemüse und sogar Tiefkühlprodukte. Das Sortiment wird schrittweise erweitert, insbesondere um Produkte aus der jeweiligen Region.

Die Bestellungen können über die Alnatura Website alnatura.de aufgegeben werden. Ausgeliefert wird am nächsten Tag in zwei individuell wählbaren Zeitfenstern und natürlich klimafreundlich mit Ökostrom-betriebenen E-Fahrzeugen von Addax Motors (Belgien). Eine Abholung der Bestellung im Markt ist ebenfalls möglich. Perspektivisch ist auch eine Lieferung mit Lastenrädern geplant. Ein erster Test dazu startet Mitte Juni in Berlin.

Der Mindestbestellwert beträgt 29 Euro, hinzu kommen Lieferkosten in Höhe von 3,90 Euro. Ab 59 Euro ist die Lieferung kostenfrei.

Auch beim Verpackungsmaterial legt Alnatura großen Wert auf Nachhaltigkeit: Statt aufwändiger Kartons und Verpackungsmaterialien wird in einfachen Papiertüten angeliefert.

Realisiert wird das Alnatura Pilotprojekt in Kooperation mit dem Schweizer E-Commerce-Startup Farmy. „Mit Alnatura haben wir einen idealen Partner für den Launch unseres digitalen Werkzeugkastens für den Online-Vertrieb von Lebensmitteln gefunden. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit“, kommentiert Roman Hartmann, Geschäftsführer von Farmy.

Alnatura in Zahlen

Alnatura wurde vor über 35 Jahren von Götz Rehn erdacht und konzipiert. Er gründete Alnatura 1984 und ist bis heute Geschäftsführer. Für sein Lebenswerk wurde Götz Rehn 2021 mit dem Deutschen Gründerpreis ausgezeichnet.

Aktuell gibt es 144 Alnatura Super Natur Märkte in 68 Städten in 14 Bundesländern. Unter der Marke Alnatura werden über 1.300 verschiedene Bio-Lebensmittel produziert. Vertrieben werden diese in den eigenen Alnatura Bio-Märkten und europaweit in 15 Ländern in rund 12.900 Filialen verschiedener Handelspartner. Als eines der ersten Unternehmen ist der Bio-Händler seit Februar 2021 nach dem neuen umfassenden We-Care-Standard für soziale und ökologische Gerechtigkeit entlang der Lieferkette zertifiziert.

Alnatura beschäftigt rund 3.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 310 Lernende. Im Geschäftsjahr 2020/2021 erwirtschaftete Alnatura einen Netto-Umsatz von 1,15 Milliarden Euro und damit ein Umsatzplus von sieben Prozent zum vorangegangenen Geschäftsjahr.

Pressekontakt

Stefanie Neumann

Alnatura Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Mahatma-Gandhi-Straße 7
64295 Darmstadt
Telefon: 06151 – 356 6687
presse@alnatura.de
www.alnatura.de

Ungleichheit, Klimakrise, Hunger: Mehrheit sieht G7 in der Pflicht

geschrieben von Andreas | 13. Juli 2022



[PRESSE-INFO]

G7-Gipfel

Umfrage ergibt klare Unterstützung für
Entwicklungszusammenarbeit, mehr Klimafinanzierung und
Übergewinnsteuer

Berlin, 21. Juni 2022. Neun von zehn Menschen in Deutschland wünschen sich von den G7-Staaten konkrete Maßnahmen zur Eindämmung von Armut, Hunger und Ungleichheit. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage hervor, die das Meinungsforschungsinstitut Kantar im Auftrag der Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam erstellt hat. Kurz vor dem G7-Gipfel in Elmau und der Großdemonstration „Klimakrise, Artensterben, Ungleichheit – gerecht geht anders!“ in München gibt die Umfrage der deutschen G7-Präsidentschaft einen klaren Aufgabenzettel mit.

In der Umfrage wurde die Zustimmung zu Aussagen aus drei Themenblöcken abgefragt:

- Beim Thema **„Entwicklungszusammenarbeit und Unterstützung für einkommensschwache Länder“** stimmten **84 Prozent** der Befragten der Aussage zu, die G7-Staaten sollten sich zur Einhaltung ihres Versprechens bekennen, 0,7 Prozent ihres Nationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Die Aussage, die G7-Staaten sollten mehr dafür tun, Gesundheitssysteme in einkommensschwachen Ländern zu stärken, traf bei 85 Prozent der Befragten auf Zustimmung, die Aussage, die G7-Staaten sollten mehr für die soziale Absicherung von Menschen in einkommensschwachen Ländern tun, auf **72 Prozent**. Und die Forderung nach Schuldenerleichterungen für besonders von den derzeitigen Krisen betroffene einkommensschwache Länder unterstützten mit **70 Prozent** mehr als zwei Drittel der Befragten.
- Auch steuerliche Maßnahmen gegen **soziale Ungleichheit** werden von einer breiten Mehrheit unterstützt: **85 Prozent** der Befragten schlossen sich der Forderung an, Konzerne und sehr vermögende Einzelpersonen sollten stärker zum Allgemeinwohl beitragen. Drei Viertel der Befragten (**76 Prozent**) drückten Unterstützung für eine Übergewinnsteuer aus, indem sie der Aussage zustimmten, Unternehmen, die in der gegenwärtigen Krise übermäßige

Gewinne machen, sollten zusätzlich besteuert werden.

- Klare Mehrheiten gibt es auch beim Thema **Bewältigung der Klimakrise: 85 Prozent** der Befragten stimmen der Aussage zu, alle Länder sollten in dem Maße zum Klimaschutz beitragen, wie sie zur Klimakrise beigetragen haben. Die Hauptlast liegt dann bei den G7-Staaten. Dass die G7-Staaten einkommensschwache Länder bei der Bewältigung der Klimakrise stärker als bisher finanziell unterstützen sollen, fordern **72 Prozent**.

Tobias Hauschild, Leiter Soziale Gerechtigkeit bei Oxfam Deutschland, kommentiert: „Die Befragten erkennen die Dimension und die Dringlichkeit der aktuellen Probleme offenbar besser als die Regierungen der G7-Staaten. Für die Staats- und Regierungschefs sollten diese Ergebnisse ein Weckruf sein. Bei dem G7-Gipfel in Elmau muss mehr herauskommen als ein Kuhhandel und faule Kompromisse auf Kosten einkommensschwacher Länder und künftiger Generationen. Es ist Zeit für echten politischen Wandel. Die Umfrage zeigt, dass die notwendigen Maßnahmen auf breite Zustimmung stoßen.“

Redaktioneller Hinweis:

Für die Umfrage hat Kantar am 13. und 14. Juni 2022 insgesamt 1011 Personen befragt. Ergebnisse und soziodemographische Aufschlüsselungen stehen zum Download bereit unter <https://oxfam.box.com/s/w8ynf1124662m0gvyiobm6cns3vf4r6e>, Password **oxfam_2022**

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, mobil 0177-7375288, E-Mail: nlink@oxfam.de, Twitter: @OxfamPresse

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 4.100 lokalen Partnern in 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland